

WEITER DENKEN, ANDERS HANDELN (TEIL 2)

«Viele merken, dass es in der erstrebten Coolness allzu cool geworden ist»

Je individualisierter eine Gesellschaft ist, desto eher nehmen die Menschen alles auf sich, sagt Ueli Mäder. Und doch lassen sie sich nicht mehr alles gefallen – und erkämpfen sich gemeinsam Freiräume.

Ein Gespräch mit dem Basler Soziologen, bei dem derzeit fast jeden Tag jemand mit Informationen zur Machtfrage im Land vor der Tür steht.

VON WOLFGANG STORZ, PIT WUHRER (INTERVIEW) UND STEPHAN MOLL (FOTOS)



«Wenn wir den Eindruck haben, es sei stets fünf vor zwölf, dann verkriechen wir uns im Schneckenhaus oder flüchten angstbesetzt vorwärts.»

WOZ: Herr Mäder, die Welt ist derzeit von Krisen geprägt, auf den Finanz- und Arbeitsmärkten, beim Klima, im politischen Raum. Und trotzdem herrscht eine fast gespenstische Ruhe. Was ist da los?

Ueli Mäder: So ruhig ist es nicht. Es brodeln da und dort. Aber wenn ich an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückdenke, an den Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912 im Basler Münster etwa, dann kommt mir die heutige Situation weniger krisenhaft vor. Damals herrschte eine Ruhe vor dem Sturm. Vor hundert Jahren hätten wir eine Lebenserwartung von knapp vierzig Jahren gehabt, gut ein Drittel unserer gesamten Lebenszeit für Erwerbsarbeit hergeben müssen und über eine minimale Kaufkraft verfügt. Heute werden wir doppelt so alt, haben das achtfache Realinkommen und wenden weniger als zehn Prozent unserer Lebenszeit für die Lohnarbeit auf. Das ist doch super, oder nicht? Die Chancen, Lebensqualität zu verwirklichen, waren noch nie so gut. Aber sie sind bedroht denn je. Durch riesige Vernichtungspotenziale, neue Kriege und Risikoquantensprünge – ökologisch und vor allem sozial.

Hundert Jahre sind jetzt aber ein arg grosser Vergleichszeitraum.

Gut, nähern wir uns etwas mehr der Gegenwart an. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten breite Bevölkerungskreise ihre Lebenslage verbessern. Es gab den Fordismus, der politische Liberalismus erwies sich damals noch als tragfähiger, Kapital und Arbeit galten als gleichwertig. Die so-

zialen Gegensätze nahmen ab. 1972 waren in der Schweiz gerade einmal 106 Menschen erwerbslos. In den achtziger Jahren begann das zu kippen. Die Erwerbslosigkeit nahm zu. Später sanken die frei verfügbaren Einkommen, vor allem beim untersten Zehntel der Einkommen. Da brach in den neunziger Jahren alles weg.

Der Umbruch begann in den neunziger Jahren?

Es gab schon in den siebziger Jahren rezessive Einbrüche, zentral war jedoch 1989 das Aufbrechen des West-Ost-Gegensatzes. Seither geht das Kapital viel massiver in jene Bereiche, wo es sich maximal verwerten kann. Die Folgen sind in vier Bereichen besonders deutlich zu spüren: bei der Erwerbslosigkeit, beim nur nominalen Anstieg der durchschnittlichen Löhne, bei den relativ zum Bruttoinlandsprodukt sinkenden Sozialausgaben und bei der Konzentration der Vermögen. Immer mehr Leute kommen in Bedrängnis, was absurd ist, da der gesamte Reichtum enorm zunimmt.

Ist das der rote Faden, der sich durch die letzten zwanzig Jahre zieht?

Das angelsächsisch-finanzkapitalistische System dominiert heute das politisch liberale. Nur noch das Geld zählt. Es fokussiert sich um soziale Gegensätze und hat es geschafft, seine Idee von Flexibilität so erfolgreich zu transportieren, dass mittlerweile selbst die prekären Einzel-AGS und individualisierten Ichs als die neue Freiheit verkürt werden. Damit weicht sich auch das Klassenbewusstsein auf und

das macht es für Lohnabhängige schwieriger, sich gemeinsam zu organisieren.

Was sind denn die Ursachen dafür, dass die westeuropäischen Länder den angelsächsischen Weg übernommen haben?

Denken Sie an die Berliner Konferenz von 1884, als Afrika aufgeteilt wurde. Zuvor waren 85 Prozent der Erde europäisch besetzt, unsere Industrialisierung wäre ohne dieses kolonisierte Hinterland so nie möglich gewesen. Heute ist das schwieriger. Die Macht musste neue Formen finden. Und das gelang, weil wirtschaftliche Konzerne dank Konzentration und Absprachen die Politik instrumentalisieren und den Welthandel weitgehend diktieren.

Gilt das für das westeuropäische oder das angelsächsische Kapital? Oder für beide?

Das Epizentrum der Macht hat sich westwärts verlagert. Von Europa aus über die USA in den asiatischen Raum. Diese trilaterale Konstellation verschärft die Konkurrenz. Aber rund 150 multinationale Konzerne dominieren die weltweiten Absprachen und Austauschbedingungen. Vor nicht langer Zeit wurden noch sechzig Jahre soziale Marktwirtschaft gefeiert, das war ein anderes Verständnis als dieser angelsächsische Typ, der die Verteilungskämpfe forciert ...

Welche Verteilungskämpfe?

Das spekulativ eingesetzte Kapital fehlt zum Beispiel dem Gewerbe. Der Reichtum nimmt zwar

global zu, er wird aber stark privatisiert. Und viele ärmere Regionen oder Bevölkerungsgruppen gehen leer aus oder buchstabieren zurück, weil es mit der Verteilung und der demokratischen Teilhabe hapert. Hinzu kommt der Kampf um wichtige Rohstoffe.

Hat sich daran seit 2008 etwas verändert? Hat die Macht der Finanzmarktakteure danach abgenommen, ist ihr Einfluss brüchig geworden?

Im Kontext der Krise war kurzfristig ein realer Machtverlust erkennbar, aber das Umdenken war von beschränkter Reichweite. Die 300 Reichsten der Schweiz hatten 1989 ein Gesamtvermögen von 82 Milliarden Franken, 2009 lag es bei etwa 447 Milliarden. 2008 gab es einen kleinen Rückgang, danach aber stieg die Kurve wieder steil an – steiler denn je zuvor auf heute 512 Milliarden. Diese einseitige Verteilung hat sich verstärkt, auch weltweit. Ich habe für die Studie «Wie Reiche denken und lenken» mit hundert Reichen der Schweiz selbst gesprochen; es hat uns interessiert, ob dieser Vermögenszuwachs und der kurzfristige Einbruch eine Wirkung auf die Mächtigen haben.

Hatte er denn eine Wirkung?

Bei Einzelnen ja. Sie sagten: Wenn es so weitergeht, dann bricht der gesellschaftliche Zusammenhalt auseinander.

Aber es sind Einzelne.

Es sind Einzelne, und ihre Haltung ist eher pragmatisch motiviert.

Und wie wirken sich diese Veränderungen bei den Lohnabhängigen aus?

1991 beschrieben wir in unserer ersten Armutsstudie, wie gross die Bereitschaft der sozial Benachteiligten ist, die ganze Last auf die eigenen Schultern zu nehmen.

Woher kommt das? Haben diese Menschen immer schon so gedacht?

Es hängt auch mit der individualisierten Gesellschaft zusammen. Je individualisierter sie ist, desto eher nehmen die Menschen alles auf sich. Manche sagen, dass dieses mangelnde Selbstbewusstsein vererbt wird ...

Heisst das, dass die, denen es am schlechtesten geht, ganz sicher nicht die Kraft sind, die etwas verändert?

Es gibt auch die andere Sicht, der ich eher zuneige, und die sagt: Nein, hört doch auf, die Armen zu psychologisieren, die brauchen gerechtere Strukturen, dann kommen ihre Anstrengungen eher zum Tragen. Unsere jüngeren Studien deuten auch darauf hin, dass sich etwas verändert: Die Resignation verkehrt sich zunehmend in Wut und Empörung.

Gegen wen richtet sich diese Wut?

Sie ist oft diffus und wird populistisch vereinnahmt.

Was heisst das?

Das heisst, dass diese Menschen Halt suchen bei autoritären Krücken, in der Schweiz bei der SVP. Sie sind anfällig für Simplifizierungen und Pauschalisierungen, weil das Differenzieren so mühsam ist. Wenn gelernte Facharbeiter plötzlich feststellen, dass sie kaum mehr gefragt sind, dann sind sie besonders anfällig.

Die sind ebenfalls verunsichert?

Dort ist die Enttäuschung am grössten. Zudem bei Jugendlichen, die viel in eine Ausbildung investieren und keine Perspektive haben.

Wie sieht angesichts dieser Entwicklung das Alltagsbewusstsein der Menschen aus?

Je individualisierter eine Gesellschaft ist, desto höher ist die Bereitschaft, sich selbst alles zuzuschreiben. Wo augenscheinlich ist, wer was verloren hat, ist es hingegen eher möglich, ein Bewusstsein des Unrechts zu entwickeln als in der Schweiz, in der vieles hinter verschlossenen Türen stattfindet. Aber die Verunsicherung hat weithin zugenommen.

Ist das Prägende also der verunsicherte, enttäuschte Einzelne?

Es gibt diese Enttäuschung. Hinzu kommt die forcierte wirtschaftliche Konkurrenz. Wir sind doch von Kindesalter an daran gewöhnt, von vermeintlichen Schwächen der anderen zu profitieren. Das korrumpiert.

Worin besteht diese Konkurrenz?

Wenn das Damoklesschwert der Erwerbslosigkeit über einem schwebt, dann ist es doch gar

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchierfonds des Fördervereins ProWOZ. Dieser Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0

nicht schlecht, wenn der Kollege es nicht so bringt wie du. Das unterläuft die Solidarität an vielen Orten, zusammen mit anderen Strömungen.

Mit welchen?

Zum Beispiel konsumistischen. Sie haben teilweise auch eine kompensatorische oder sogar betäubende Wirkung, aber offenbar auch etwas Schönes und vielleicht sogar minimal Widerständiges.

Was ist daran schön und widerständig?

In Basel findet am 1. Mai jeweils der Harasenslauf statt. Jugendliche rennen von einer Gemeinde aus mit Bierkästen in die Stadt und schauen, wer unterwegs am meisten Biere trinkt. Dieses kollektive Besäufnis ist doch borniert. Aber wenn ich ganz grosszügig bin, dann sehe ich ein Minispürchen von Widerständigkeit in diesem Beispiel, weil es unsere einseitige Erwerbsorientierung kontrastiert.

Trotzdem noch mal die Frage: Zerfliesst da jetzt die Gesellschaft, ist alles gleichzeitig vorhanden: Individualisierung und Kollektivität, Eigennutz und Gemeinwohl?

Die Gegenläufigkeiten sind gleichzeitig, aber nicht gleichwertig. Der Finanzkapitalismus dominiert derzeit den politischen Liberalismus. Von daher verschärft sich die soziale Brisanz. Auch verstärken sich die Individualisierung und der Eigennutz, teilweise aber auch neue Formen des Gemeinwohls. Zu differenzieren in einer Gesellschaft, in der alles simplifiziert wird, hat schon fast etwas Subversives.

Könnte die Differenzierung und Komplexität nicht auch überfordern? Sodass die Leute all die Krisen betrachten und sagen: Das zu ändern, das schaffen wir doch gar nicht.

Sozial populistische Aktivitäten mögen einen kurzen Aufschwung erwirken, sind aber kaum von Dauer. Anno 1968 vermeinten ja viele, mit ein paar Demos die Welt aus den Angeln heben zu können, doch dann folgte der Absturz. Omnipotenz ist gefährlich, ein Selbstbetrug. Wichtig sind konkrete Utopien, aber auch Schritte, die heute und morgen möglich sind und weiterführen. Wenn unser Blick nur auf Krisen und Brüche gerichtet ist, dann sehen wir die vielfältigen sozialen Kontinuitäten nicht. Wenn wir den Eindruck haben, es sei stets fünf vor zwölf, dann verkriechen wir uns im Schneckenhaus oder flüchten angstbesetzt vorwärts.

Reichtum, Armut, Solidarität

Ueli Mäder (62) ist Professor für Soziologie an der Universität Basel und Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Er forscht in den Bereichen soziale Ungleichheit, Entwicklungssociologie, Konflikte und Kooperation. Er hat sich vor allem mit seinen Reichtums- und Armutsstudien einen Namen gemacht, beschäftigt(e) sich aber auch mit urbaner Soziologie und demokratischer Stadtplanung, mit Kinderarbeit und Verdingkindern, mit Jugendlichen und gesellschaftlicher Exklusion.

Zuletzt erschienen von Mäder in Buchform unter anderem «Für eine solidarische Gesellschaft» (Rotpunktverlag, Zürich 1999), «Subsidiarität und Solidarität» (Peter Lang, Bern 2000), «Reichtum in der Schweiz» (mit Elisa Streuli; Rotpunktverlag, Zürich 2002), «Wörterbuch der Sozialpolitik» (hrsg. mit Erwin Carigiet, Jean M. Bonvin; Rotpunktverlag, Zürich 2003), «Wie Reiche denken und lenken» (mit Ganga Jay Aratnam, Sarah Schilliger; Rotpunktverlag, Zürich 2010), «Soziale Disziplinierung und Kontrolle» (hrsg. mit Peter Aebersold, Simon Mugier; Gesowip, Basel 2012).

Sie sprechen von Gegenläufigkeit: Heisst das, dass da zwei Dinge gleichzeitig geschehen?

Wenn wir uns näher kennenlernen, wachsen unsere Vertrauensbereiche, aber wir sehen auch die Differenzen besser. Oder anders ausgedrückt: Ich könnte jetzt stundenlang begründen, weshalb alles schlechter wird. Und doch habe ich den Eindruck, dass nicht alles zerfällt. Es gibt die Gefahr eines gesellschaftlichen Auseinanderbrechens, aber sie motiviert auch zu gegenteiligen Anstrengungen.

Wen motiviert das?

Zum Beispiel Jugendliche. Zum Beispiel die, die in Bern durch die Strassen tanzen. Sie tun das vielleicht nicht mit grossem politischem Bewusstsein, möglicherweise feiern sie sich, wie manche sagen, auf unpolitische Weise nur selbst. Andererseits versuchen sie, für sich wieder einen Raum zu erobern. «Reclaim the streets» hiess das vor Jahren in England. Für mich hat das eine politische Komponente. Andere Jugendliche sagen: Wir machen nicht mehr mit. Es gibt also neue Formen des widerständigen Engagements – und nicht nur jene, die wir Älteren kennen: Frauenbewegung, Friedensbewegung, Ökobilogische Bewegung ...

Können Sie drei Beispiele nennen?

Zum Beispiel Urban Gardening. Natürlich sehe ich eine Gefahr, dass dieser Ansatz instrumentalisiert wird. Und natürlich gibt es Kritik: Ein kleines Gärtchen, ein bisschen Subsistenz, was soll



«Es sind kleine Schritte, die es den Menschen ermöglichen, sinnliche Erfahrungen zu machen und ihre Widerständigkeit zu stärken.»

das? Aber es sind kleine Schritte, die es Leuten ermöglichen, sinnliche Erfahrungen zu machen und ihre Widerständigkeit zu stärken. Anderes Beispiel: die Sans-Papiers. Wenn ich mir anschau, wer sich alles für sie engagiert, muss ich sagen: Super. Oder Occupy ...

... Occupy war eine Bewegung, die plötzlich tauchte und genauso schnell wieder verschwand ...

Das ist doch auch belebend. Und sie kommt wieder – in neuer Form. Es entsteht durchaus ein Bedürfnis, neue Verbindlichkeiten einzugehen. Jetzt merken viele Menschen, dass es in der erstrebten Coolness allzu cool geworden ist. Und manche schliessen sich zusammen, aber aus freien Stücken und nicht, weil es verordnet wird oder aus der Not, aus der Angst heraus. Was waren wir damals doch streng, als wir Marx gelesen haben! Da gab es eine starke Entweder-oder-Haltung. Heute hingegen lassen viele Jugendliche Widersprüche und Ambivalenzen eher zu, ohne dass es in Beliebigkeit abdriftet. Wobei die Gefahr durchaus besteht, dass vor lauter Sowohl-als-auch die Orientierung verloren geht.

Von wie vielen Menschen reden wir? Von Hunderttausenden oder ein paar wenigen?

Bei Occupy waren es immerhin Hunderttausende ...

Sie sehen also eine Gesellschaft, die sich mit ganz überraschenden Konstellationen neu formiert?

Ich sehe Ansätze, die eine gewisse Hoffnung zulassen. In den nächsten Jahren wird sich die soziale Brisanz eher verschärfen. Aber es gibt auch hier Gegenläufigkeiten.

Sind es also diese Kräfte, die die Gesellschaft nach vorne treiben? Bewegungen kommen und verschwinden wieder.

Soziale Bewegungen sind wichtig, auch wenn sie wieder verschwinden. Wie spontane Zivilcourage.

Viel mehr Armut, viel mehr Reichtum – da denkt man doch: Darüber müssen sich die Leute empören. Doch es gibt keine Empörung, die in Bewegungen umschlägt.

Es gibt eine Empörung. Allerdings nicht im Sinn einer Vulgärinterpretation der marxschen Verelendungstheorie – je schlechter es den Menschen geht, desto eher wehren sie sich. Das mag in Teilbereichen funktionieren; aber oft ist das Gegenteil der Fall. Je mehr die Leute bedrängt werden, desto gebannter und irrationaler reagieren sie. Oder sie erbringen ganz viel Pro-forma-Leistung und schreiben fünfzig Bewerbungsbriege am Tag, die aber nichts bringen.

Die Leute mischen sich nicht ein, weil sie mit sich selbst zu viel zu tun haben?

Ja. Allerdings würde ich es nicht ausschliessen, dass sich mit der erhöhten Transparenz der sozialen Ungleichheit die Empörung auch bei stark Benachteiligten so verschärft, dass sie sich mehr wehren.

Es hat Sie also nicht überrascht, dass es kaum Gegenwert gibt, obwohl die Verhältnisse das bisherige Wertgefüge sprengen? In Deutschland wurde es bisher als weitgehend in Ordnung empfunden,

wenn jemand das 20-Fache verdient. Aber dass Leute das 200-Fache oder das 600-Fache bekommen, war vor kurzem noch undenkbar.

«Alle können, wenn sie wollen», «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg» – diese Erklärungsmuster sind immer noch sehr stark vorhanden, obwohl die Realität sie Lügen straft. Aber es ist denkbar, dass sich da was verändert, zumal wenn sich die soziale Frage verschärft. Es gibt zwar Teile des Kapitals, die sich völlig darum foutieren und auf gängige Machtmechanismen vertrauen. Aber die grössere Transparenz über die enorm gestiegene soziale Kluft erhöht die Wut.

Was wären denn die Bedingungen, unter denen Menschen eher kooperatives und solidarisches Verhalten ausbilden als egoistisches und konkurrenzbehaftetes?

Zentral ist die aktive Partizipation, und zwar in allen Lebensbereichen: in der Familie, in der Schule, im Wohnquartier und auch am Arbeitsplatz. Demokratie darf vor den Pforten der Wirtschaft nicht haltmachen. Wer gefragt ist und mitbestimmen kann, handelt auch verantwortlicher. Wer Solidarität erfährt, lebt sie weiter. Daher ist es wichtig, den kapitalistischen Egotrip zu überwinden.

Was wäre dabei die Rolle von Gewerkschaften und Parteien?

Eine grosse Gewerkschaften und Parteien müssen sich für ein stärkeres Primat einer sozialen Politik engagieren und ihre Bande zur Zivilgesellschaft intensivieren. Sie müssen sich auch selbst weiter demokratisieren. Und dazu gehört wohl eine selbstkritische Vergangenheitsbewältigung.

Wie sähe das bei den Gewerkschaften aus?

Die Gewerkschaften wurden nicht einfach nur der Macht beraubt, sie haben sich auch ein Stück weit selbst entmachtet. Haben wir nicht zu sehr den Konsumismus mitgetragen? Uns einseitig am ökonomischen Wachstum orientiert und uns zu eng auf Lohnfragen konzentriert? Neue Formen der Beteiligung, der Demokratisierung der Betriebe drängen sich auf. Ebenso direkte Formen des Protests und des Widerstands. Und das Kleingeuerbe dürfen wir politisch nicht den Rechtsbürgerlichen überlassen.

Öffnen sich die Gewerkschaften jetzt?

Viele Gewerkschaftsveranstaltungen sind noch sehr traditionell. Ich hätte gern mehr offene Debatten, mehr Kooperation mit selbst organisierten Initiativen und der kritischen Wissenschaft. Es gibt da ein paar interessante Ansätze mit fundierten Recherchen von SGB, Denknnetz und Unia. Zudem ein Bewusstsein dafür, dass wir uns wieder mehr kümmern müssen: Wo drückt die Leute der Schuh? Unser Zugang müsste mehr entdeckend sein.

Was wäre für Sie ein grosser Fortschritt?

Eine soziale Schweiz, die auch global mehr Verantwortung übernimmt. Und sich zum Beispiel für einen gerechteren Welthandel und dafür engagiert, die Sozialziele der Uno und die Menschenrechte zu verwirklichen. Meinen persönlichen Beitrag sehe ich mittlerweile mehr darin, soziale Realitäten zu erhellen. Das hat für mich auch eine politische Komponente.

Sie registrieren also eine wache Öffentlichkeit?

Schon. Wir erhalten im Seminar für Soziologie auch ungefragt viele Informationen, die für unsere Machtstudie «Wer regiert die Schweiz?» wichtig sind. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht jemand mit Material vor der Tür steht.

Aber das zeigt doch, wie wenig die Öffentlichkeit zählt. Eigentlich müssten diese Menschen zu den Medien, den Parteien, den Gewerkschaften gehen können. Doch sie gehen zu einem Professor, der Untersuchungen anstellt.

Das passiert anderen auch. Unsere Gesellschaft würde nie funktionieren, wenn nicht ganz viele Menschen ein Ohr für andere hätten, die irgendwo anecken. Das ist wohl keine strukturelle Lösung. Aber es deutet eine individuelle Bereitschaft an und wohl auch einen Mangel an professionellen Einrichtungen, die keine zu hohe Türschwelle haben. Was die Medien betrifft: Die scheuen viele, weil sie nicht wollen, dass es bloss einen «Chlapf» gibt, eine kurze Aufregung, nach der alles verpufft.

Und welche Perspektiven sehen Sie? Gibt es Bedingungen, unter denen Gegenwert zunehmen kann?

Ja, wenn Menschen erfahren, dass sie nicht allein sind. Das fördert die Widerständigkeit und den solidarischen Schulterschluss. Hilfreich ist auch eine garantierte Existenzsicherung. Sie stärkt Menschen den Rücken. Vielleicht leben wir in zwanzig Jahren einfacher und bescheidener, achten mehr auf Lebensqualität, die Umwelt und demokratische Teilhabe in allen Bereichen. Früher hielten wir uns für demokratisch und hatten kein Frauenstimmrecht. Heute halten wir uns für demokratisch, und die Demokratie macht vor den Pforten der Wirtschaft halt.

Wichtig sind neue Formen einer sozialen Ökonomie, auch Produktions-, Wohn- und andere Genossenschaften. Das wären konkrete Schritte, die einseitige Abhängigkeiten mindern und auch die politische Handlungsfähigkeit stärken.

Dieses Gespräch musste für die Printfassung um etwa die Hälfte gekürzt werden. Das ausführliche Interview finden Sie auf unserer Website (siehe unten).

WEITER DENKEN, ANDERS HANDELN

Die Finanzmarktkrise hebt ins sechste Jahr, europaweit wächst die Arbeitslosigkeit, die Kluft zwischen Arm und Reich weitet sich – und doch hält sich die Empörung in Grenzen. Was ist da los? Wohin entwickeln sich die Gesellschaften? Welche Perspektiven gibt es überhaupt noch? Diese Fragen stellen wir in einer lockeren Serie Fachleuten, die sich seit langem mit gesellschaftlichen Verhältnissen befassen. Bisher sprachen wir mit dem Kulturwissenschaftler Harald Welzer (siehe WOZ Nr. 29/13). Das nächste Mal wertet die Sozialpsychologin und Philosophin Frigga Haug.

Sie finden die vollständigen Gespräche und weiteres Material auf www.woz.ch/de/weiter-denken-anders-handeln